



Ausschuss für Kommunalpolitik

33. Sitzung (öffentlich)

5. Juli 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:35 Uhr bis 12:15 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|---|----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 7 |
| bestätigt der Ausschuss die Tagesordnung gemäß Einladung E 16/369 – 2. Neudruck. | |
| 1 Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes | 8 |
| Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2722 | |
| Der Gesetzentwurf der Landesregierung wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der PIRATEN und Nichtbeteiligung der FDP angenommen. | |

2 Direkte Demokratie muss bürgerfreundlich und rechtssicher sein! 10

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2116

Ausschussprotokoll 16/267

Sodann lehnt der Ausschuss den Antrag der Fraktion der FDP mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von FDP und PIRATEN bei Enthaltung der CDU ab.

3 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz und dem Bundeskindergeldgesetz 13

Vorlage 16/921

Die erforderliche Anhörung des Ausschusses ist ohne Aussprache bei Kenntnisnahme der Vorlage erfolgt.

4 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Befristung von Rechtsvorschriften mit Beteiligung des Landtags im Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales 14

Vorlage 16/957

Mit der Behandlung der Vorlage im Ausschuss ist die erforderliche Anhörung erfolgt.

5 Kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger 15

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3244

Der Ausschuss kommt auf Antrag der Fraktion der PIRATEN überein, eine Anhörung zu dem Thema in pflichtiger Besetzung durchzuführen; Einzelheiten sollen nach der Sommerpause festgelegt werden.

- 6 Bilanz für die Familie. Gute Rahmenbedingungen für ein familienfreundliches NRW – Familienförderung evaluieren und wirksamer gestalten** 16

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2118

Der Ausschuss kommt überein, zunächst den weiteren Beratungsfahrplan des federführenden Ausschusses abzuwarten.

- 7 Kinder kennen keine Grenzen – Erleichterungen für die Inanspruchnahme von gemeindefremden Kindertagesbetreuungsangeboten auf den Weg bringen** 17

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2622

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung nachrichtlich zu beteiligen.

- 8 Gesetz zur Verwirklichung von Transparenz und Informationsfreiheit im Land Nordrhein-Westfalen** 18

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3248

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung pflichtig zu beteiligen.

- 9 Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Flurbereinigungs-gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen** 19

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2977

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung von PIRATEN und CDU an.

- 10 Landesregierung darf Kommunen bei Konversion und Strukturwandel nicht im Regen stehen lassen – Nordrhein-Westfalen braucht landesweites Programm für Konversion und Strukturwandel aus Mitteln der Europäischen Union!** 20

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3205

Der Ausschuss beabsichtigt, pflichtig an der Anhörung teilzunehmen; dies wird dem federführenden AWEIMH mitgeteilt.

- 11 Achtung! YES, WE SCAN!
Bürger in NRW vor PRISM und anderen Überwachungsprogrammen schützen!** 21

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3249

Der Ausschuss will zunächst das weitere Beratungsverfahren des federführenden Innenausschusses abwarten und dann über die Beteiligung am weiteren Beratungsverfahren befinden.

- 12 Trödelmärkte in der Kommune** 23

Bericht
der Landesregierung

Vorlage 16/985

- 13 Einigung bei der Abrechnung der Einheitslasten – Auswirkungen für die Kommunen sowie Auswirkungen durch den Beschluss über die Flutopferhilfe für die Kommunen** 24

Bericht
der Landesregierung

Vorlage 16/981

Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

14 Verschiedenes 25**14.1 Terminplan 2014 25**

Der Ausschuss stimmt dem vorliegenden Terminplan für 2014 – siehe Anlage zu TOP 14.1 – zu.

14.2 Gesetz zur Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge 25

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2124

14.3 Kommunen fair behandeln – NRW braucht eine verlässliche und transparente Informationsgrundlage zum kommunalen Finanzausgleich 25

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2883

14.4 Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und zur Änderung kommunalerfassungsrechtlicher Vorschriften 25

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3387

Der Ausschuss kommt überein, nach der voraussichtlichen Überweisung des Gesetzentwurfes durch das Plenum an den AKo im schriftlichen Verfahren eine Anhörung der kommunalen Spitzenverbände und der kommunalpolitischen Vereinigung der Parteien durchzuführen.

1 Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2722

Vorsitzender Christian Dahm schickt voraus, zu diesem Gesetzentwurf habe der Ausschuss soeben eine Anhörung von Sachverständigen durchgeführt. Nun komme man zur Auswertung der Anhörung.

André Kuper (CDU) meint, da man im Plenum noch Gelegenheit zur Aussprache haben werde, wolle er es sich jetzt kurzhalten. Im Gesetzentwurf sei in der Problemdarstellung die Schuldzuweisung allein auf die Kommunen festgehalten. Er wiederhole die Forderung seiner Fraktion nach einer entsprechenden Korrektur. Ansonsten sei die Argumentation seiner Fraktion bekannt, die er im Plenum noch einmal darstellen werde.

Michael Hübner (SPD) stimmt einer ausführlichen Beratung im Plenum zu. Allerdings frage er, ob die CDU denn zustimmen würde, wenn eine Ergänzung in der Problembeschreibung dahin gehend erfolgte, dass hinter dem Text „Nach Verabschiedung des Stärkungspaktgesetzes stellte sich heraus, dass unterbliebene oder fehlerhafte Meldungen von Kommunen zur Jahresrechnungsstatistik dazu geführt haben, dass ...“ ein „u. a.“ stünde. Dann hätte er grundsätzlich die Bereitschaft, den Text zu ändern.

Ansonsten habe man die bisherige Formulierung im Plenum und auch heute den Betroffenen erklärt. Insofern sei es nicht zwingend notwendig, diese Ergänzung vorzunehmen.

Robert Stein (PIRATEN) meint, die meisten Argumente in auswertender Hinsicht seien durch einige Kommentare in der Anhörung bereits vorgetragen worden. Im Plenum werde sich seine Fraktion dazu noch einmal äußern.

Seine Fraktion sei der Auffassung, dass dringend darüber nachgedacht werden sollte, ob man nicht für die Kommunen, die negativ betroffen seien, den Konsolidierungszeitraum entsprechend strecken sollte. In seiner Fraktion überlegt, diesbezüglich einen entsprechenden Änderungsantrag vorzulegen; allerdings habe man dazu noch keine abschließende Meinungsbildung. Momentan gehe die Tendenz dahin, sich bei dem Gesetzentwurf zu enthalten. Es könnte auch sein, dass man dem im Plenum aber zustimme.

Kai Abruszat (FDP) weist darauf hin, dass seine Fraktion als Mitinitiator des Gesetzes das Ergebnis der Anhörung am Dienstag sorgfältig diskutieren werde, um dann ein abschließendes Votum zu fällen. Ansonsten habe er zu dem Thema einiges in der Anhörung gesagt.

Mario Krüger (GRÜNE) knüpft an die Ausführungen von Herrn Hübner an und meint, dass der Diskussionsprozess seitens der Grünen sich erheblich vereinfachen würde, wenn aus den Reihen der CDU signalisiert werden könnte, ob eine solche Vorlage mit Einreichung eines entsprechenden Änderungsantrages auch für die CDU-Fraktion zustimmungsfähig sei.

Vorsitzender Christian Dahm teilt ergänzend mit, dass der Haushalts- und Finanzausschuss kein Votum zu dem Gesetzentwurf abgegeben habe.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der PIRATEN und Nichtbeteiligung der FDP angenommen.